Deutscher Bundestag **Drucksache 16/3773**
16. Wahlperiode 08. 12. 2006

Fragen

für die Fragestunde der 72. Sitzung des Deutschen Bundestages am Mittwoch, dem 13. Dezember 2006

Verzeichnis der Fragenden

Abgeordnete	*Nummer der Frage*
Beck, Volker (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	3, 4
Behm, Cornelia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	10
Bettin, Grietje (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	17, 18
Dr. Enkelmann, Dagmar (DIE LINKE.)	13
Dr. Geisen, Edmund Peter (FDP)	5, 6
Hirsch, Cornelia (DIE LINKE.)	1, 2
Dr. Hofreiter, Anton (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	14, 15
Dr. Lötzsch, Gesine (DIE LINKE.)	9, 16
Sager, Krista (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	7, 8
Dr. Seifert, Ilja (DIE LINKE.)	11, 12

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

Seite

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

1. Abgeordnete **Cornelia Hirsch** (DIE LINKE.)

Welche Schritte hat die Bundesregierung bisher zur Optimierung der Bildungsberatung unternommen, die im Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD vereinbart wurde, und wie sehen ihre weiteren Planungen in dieser Frage aus?

2. Abgeordnete **Cornelia Hirsch** (DIE LINKE.)

Wie stellt die Bundesregierung sicher, dass es bei der im Rahmen der ersten Säule des Hochschulpaktes vereinbarten Aufnahme von mindestens 90 000 zusätzlichen Studienanfängerinnen und -anfängern nicht zu Qualitätseinbußen an den Hochschulen und zur Einrichtung von „Dumpingstudienplätzen“ kommt, da in der bisher vorliegenden Vereinbarung mit den Ländern keine verpflichtende Finanzierung aus den Länderhaushalten zusätzlich zu den vom Bund bereitgestellten Mitteln vorgesehen ist (siehe Antwort der Bundesregierung auf meine schriftliche Einzelfrage auf Bundestagsdrucksache 16/3775)?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

3. Abgeordneter **Volker Beck (Köln)** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über mögliche Täter und Hintergründe der aktuellen Auftragsmorde und Giftanschläge gegen russische Politiker und Kritiker des Kreml (z. B. die russische Journalistin Anna Politkowskaja, den ehemaligen Geheimdienstmitarbeiter Alexander Litwinenko, der Erkrankung des früheren Ministerpräsidenten Jegor Gaidar etc.), und hält sie eine internationale Untersuchung dieser Fälle für angezeigt?

4. Abgeordneter **Volker Beck (Köln)** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie schätzt die Bundesregierung die Auswirkungen dieser Fälle und anderer, möglicherweise politisch motivierter Gewalttaten auf die Politik des russischen Präsidenten und seiner Regierung ein?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

5. Abgeordneter **Dr. Edmund Peter Geisen** (FDP)

In welcher Höhe bestehen noch Forderungen des Bundes in Zusammenhang mit landwirtschaftlichen Siedlungsmitteln, und bei welchen Bankinstituten findet deren Abwicklung statt?

6. Abgeordneter **Dr. Edmund Peter Geisen** (FDP)

In welcher Höhe können die bestehenden Altrenten in der landwirtschaftlichen Unfallversicherung (LUV) durch die Abtretung von Forderungen finanziert werden bzw. ein Kapitalstock mit diesen Mitteln für ein kapitalgedecktes Unfallversicherungssystem aufgebaut werden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

7. Abgeordnete **Krista Sager** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche rechtlichen Auswirkungen hat die Föderalismusreform im Hochschul- und Wissenschaftsbereich für die Bundeswehruniversitäten?

8. Abgeordnete **Krista Sager** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Durch wen und auf welcher verfassungsrechtlichen Basis soll in Zukunft die Rechtsetzung für die Bundeswehruniversitäten stattfinden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

9. Abgeordnete **Dr. Gesine Lötzsch** (DIE LINKE.)

Trifft es zu, dass die Kosten für den Abriss des Palastes der Republik noch weiter steigen, und wenn ja, wer trägt die Verantwortung für diese Kostenexplosion?

10. Abgeordnete **Cornelia Behm** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Inwieweit ist eine Verlängerung der Gültigkeit des Planfeststellungsbeschlusses für den Ausbau der Kleinmachnower Schleuse (Brandenburg) vor dem Hintergrund der Anbindung Berlins an das geplante europäische Wasserstraßennetz über das Jahr 2007 hinaus vorgesehen, und wie bewertet die Bundesregierung die Gültigkeit des Planfeststellungsbeschlusses vor dem Hintergrund der für 2007 angekündigten Bauarbeiten?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

11. Abgeordneter **Dr. Ilja Seifert** (DIE LINKE.)

Wie viele Rentnerinnen und Rentner haben nach Auffassung der Bundesregierung aus ihrer Sicht sachgerechte und vom Gesetzgeber gewollte Abschläge auf ihre Erwerbsminderungsrente erhalten (siehe Antwort der Bundesregierung vom 29. November 2006 auf meine schriftlichen Anfragen 7 bis 9 auf Bundestagsdrucksache 16/3710)?

12. Abgeordneter **Dr. Ilja Seifert** (DIE LINKE.)

Bei wie vielen „Einzelfällen“ könnten nach Auffassung der Bundesregierung die Sozialgerichte zu ähnlichen Urteilen kommen wie der 4. Senat des Bundessozialgerichtes mit seinem Urteil zum Revisionsverfahren (B4 RA 22/05 R)?

13. Abgeordnete **Dr. Dagmar Enkelmann** (DIE LINKE.)

Wie bewertet die Bundesregierung die Forderung des Vorstandsvorsitzenden der Deutsche Post AG, Klaus Zumwinkel, nach einem branchenorientierten Mindestlohn von 7,50 Euro (vgl. Freie Presse, 7. November 2006), und was will die Bundesregierung tun, um die vom Vorstandsvorsitzenden der Deutsche Post AG, an der die Kreditanstalt für Wiederaufbau im Auftrag des Bundes noch 35 Prozent der Aktienanteile hält, beklagten Wettbewerbsverzerrungen mit Hilfe eines branchenorientierten Mindestlohns abzubauen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

14. Abgeordneter
Dr. Anton Hofreiter
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie sind vor dem Hintergrund, dass der Bericht der Bundesregierung an den Deutschen Bundestag „Qualitätsoffensive im öffentlichen Personenverkehr – Verbraucherschutz und Kundenrechte stärken“ die Lücken im Verbraucherschutz klar und deutlich herausgearbeitet und Lösungsvorschläge unterbreitet hat, Medienberichte zu verstehen, dass derzeit die auch im Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD enthaltenen Pläne für verbesserte Kundenrechte im Bahnverkehr und im allgemeinen öffentlichen Personenverkehr auf Eis liegen, und welche Umstände sind nach Auffassung der Bundesregierung für das offensichtliche Stocken des Verfahrens zur Verbesserung der Kundenrechte maßgebend?

15. Abgeordneter
Dr. Anton Hofreiter
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie will die Bundesregierung sicherstellen, dass in ein und denselben Zügen, die sowohl dem nationalen wie auch dem internationalen Personenverkehr dienen, hinsichtlich der Kundenrechte nicht unterschiedliche Rechtsansprüche aufgrund divergierender Rechtsetzungsakte auf europäischer und deutscher Ebene geltend gemacht werden können, und welche Position vertritt die Bundesregierung im Hinblick auf den Erlass einer Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Rechte und Pflichten der Fahrgäste im grenzüberschreitenden Eisenbahnverkehr?

16. Abgeordnete
Dr. Gesine Lötzsch
(DIE LINKE.)

Welche Gründe gab es für die Bundesregierung, das Bundesamt für Justiz in Bonn anzusiedeln und nicht, wie in der Koalitionsvereinbarung festgelegt, in Ostdeutschland, und welche weiteren Standortentscheidungen werden in dieser Legislaturperiode noch getroffen?

17. Abgeordnete
Grietje Bettin
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Position bezieht die Bundesregierung zu den Plänen des bayerischen Staatsministers des Innern, Dr. Günther Beckstein, durch eine Veränderung des § 131 des Strafgesetzbuches Herstellung und Vertrieb so genannter Killerspiele zu verbieten und zu ahnden?

18. Abgeordnete
Grietje Bettin
(BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Hält die Bundesregierung den Vorschlag des bayerischen Staatsministers des Innern, Dr. Günther Beckstein, für angemessen, alle Spiele zu verbieten, „die es den Spielern als Haupt- oder Nebenzweck ermöglichen, eine grausame oder die Menschenwürde verletzende Gewalttätigkeit gegen Menschen oder menschenähnliche Wesen auszuüben“ (SPIEGEL ONLINE, 5. Dezember 2006)?



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83-91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333